

Habecks Kapitalertrag-Plan: Ein Wahlkampf-Desaster für die Grünen!

Verunsicherung über Habecks Vorschlag zur Besteuerung von Kapitalerträgen schlägt Wellen im Wahlkampf der Grünen vor der Bundestagswahl.



Der Grüne Kanzlerkandidat Robert Habeck sorgt für Aufregung im Wahlkampf! In der ARD-Sendung "Bericht aus Berlin" sprach er ganz offen darüber, Kranken- und

Pflegeversicherungsbeiträge auf Einkünfte aus Kapitalerträgen zu erheben. "Warum soll eigentlich Arbeit höher belastet sein als Einkommen durch Kapitalerträge?", fragte er und stellte damit die Frage nach Gerechtigkeit im Steuersystem auf. Sein Vorschlag könnte vor allem ETF-Sparer in der Mittelschicht treffen, die für die Altersvorsorge sparen. Dies führte zu einem Sturm der Entrüstung bei den politischen Gegnern – insbesondere bei CSU und FDP, die die Grünen als Vorreiter einer neuen Steuerlast beschuldigen. Laut Markus Söder wollen die Grünen nicht nur höhere Steuern, sondern gehen mit ihrem

Vorschlag sogar an das Geld der Bürger! Währenddessen versichern die Grünen, dass ihre Idee nicht die Klein- und Mittelsparer betreffen wird, doch konkret blieb man in der Diskussion vage, was die Sorgen weiter anheizte, wie **Berlin Live** berichtete.

Unsicherheit bei den Wählern

Die Kritik an Habecks Vorstoß wächst. Während er versucht, mit seiner Idee zusätzliche Gerechtigkeit zu schaffen, indem Kapitalerträge, die derzeit niedriger besteuert werden als Arbeitseinkommen, ebenfalls besteuert werden sollen, wird bezweifelt, ob dies tatsächlich zu einer Senkung der Sozialbeiträge führen kann. Capital weist darauf hin, dass mehr Geld in den Sozialkassen oft nicht zu niedrigeren Beiträgen führt, sondern stattdessen zu höheren Ausgaben. So könnten die angekündigten neuen Steuern auf Kapitalerträge vor allem Arbeiter und Rentner belasten, die bereits mit den Anstiegen der aktuellen Beitragssätze zu kämpfen haben.

Habecks Vorschlag kommt nicht ohne Folgen. Die Unsicherheit unter Anlegern und Sparern steigt, und die Grünen müssen sich zunehmend gegen Vorwürfe wehren, die Mittelschicht zu belasten. Viele benötigen schließlich die Erträge aus ihren Investments, um im Alter finanziell abgesichert zu sein. Ein kommunikativer Fehltritt könnte den Grünen, die derzeit mit Umfragewerten von 13 bis 15 Prozent kämpfen, im Wahlkampf schaden. Ob Habecks Vorstoß mehr als nur ein populistischer Schachzug ist, bleibt abzuwarten und könnte sich als entscheidend für den Ausgang der Bundestagswahl erweisen.

Berlin Live

Details	
	www.capital.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de